

Sachsen-Anhalt digital

Intervention zum Ende der Debatte zum zum Antrag „Sachsen-Anhalt digital“ vom netzpolitischen Sprecher der LINKEN im Landtag von Sachsen-Anhalt, Jan Wagner:

Herr Wagner (DIE LINKE):

Ich muss noch einmal kurz auf zwei wesentliche Aussagen zu sprechen kommen, die in der Debatte gefallen sind.

Das eine, Herr Graner, haben Sie ein bisschen abgetan: Darin steht wieder schnelles Internet, darin steht wieder Open Data, darin steht wieder die Zur-Verfügung-Stellung von Daten. Dann haben Sie gesagt, das wollen Sie alles nicht.

Wir haben das jedoch in unseren Änderungsantrag aufgenommen, weil wir das wollen. Wir wollen auch die politische Debatte darüber.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Jetzt erinnere ich Sie einmal an etwas: Vor zehn Monaten haben wir hier einen Antrag zum offenen Haushalt erörtert. Damals haben die CDU und die SPD argumentiert, man könne das alles wegen der Privatsphäre nicht machen. Das war das einzige Argument, das am Ende übrig geblieben ist.

(Herr Barthel, CDU: Das ist falsch! – Herr Borgwardt, CDU: Sehr verkürzt! – Weiterer Zuruf von der CDU: O nein – Unruhe bei der CDU)

Das war schon damals albern und ist es heute auch noch. Heute stellen Sie sich hin und wollen das alles eigentlich gar nicht. Das hätten Sie dann auch schon vor zehn Monaten sagen können.

Aber ich sage: Auch das Thema offener Haushalt bleibt aktuell. Auch das wird bestimmt etwas sein, was unter die Daten fällt, die tatsächlich frei und barrierefrei zur Verfügung gestellt werden müssen.

Dann ist in der Debatte andauernd angeklungen, wir müssen jetzt wegen der Demografie E-Government machen. Ich gebe zu, E-Government ist wirklich ein gutes Mittel, um vermeintlich negative Auswirkungen des demografischen Wandels abfedern zu können. Aber dass wir jetzt E-Government machen, ist doch eine Reaktion auf einen gesellschaftlichen Wandel. Es ist eine aktuelle gesellschaftspolitische Aufgabe, die jenseits der Demografie begründet gehört. Auch das möchte ich an dieser Stelle einfach einmal klarstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist es absolut normal, dass man einen Antrag, wenn er hereinkommt, erst einmal auseinander nimmt. Wenn Sie etwas aufmerksam gewesen wären – damit spreche ich insbesondere Herrn Barthel an –, dann hätten Sie gemerkt, dass wir dem ersten und dem zweiten Punkt zugestimmt und die Grundaussage getätigt haben: Hier geht es in die richtige Richtung.

(Herr Borgwardt, CDU: Das reicht aber nicht! – Herr Gallert, DIE LINKE: Jenseits seiner Vorstellungskraft!)

Jetzt haben wir allerdings einen Änderungsantrag gestellt, in dem steht, dass den Ministerien und der Staatskanzlei ein Prüfauftrag erteilt werden soll, um herauszufinden, welche Daten zur Verfügung gestellt werden können.

Aber Sie stellen sich hin und sagen: Na ja, in dem Änderungsantrag steht quasi, dass sie wieder alles offenlegen wollen. – Das steht nicht darin. Man muss ihn nur genau lesen.

Sehr schön war auch Ihre Bemerkung, dass die Daten, wenn man sie zur Verfügung stellt, von einzelnen Gruppen politisch missbraucht werden könnten. Dann bin ich umso gespannter auf genau diese Daten. Dann gehören sie gerade öffentlich gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)